



TATSACHEN & ARGUMENTE

Einleitung

Israel ist ein [Einwanderungsland](#). Das klingt recht unspektakulär, schliesslich trifft diese Aussage heute auf die meisten modernen Industrienationen zu. Doch im Falle Israels hat das eine andere Bedeutung. Für den jüdischen Staat ist die Einwanderung seit seiner [Gründung](#) im Mai 1948 ein wichtiger Bestandteil seiner raison d'être. Ziel des politischen Zionismus war und ist die „[Sammlung der Verstreuten](#)“. Oder mit anderen Worten: Der Exodus des gesamten jüdischen Volkes in Richtung Israel, um hier als Juden unter Juden ein Leben führen zu können, das frei von Diskriminierung und Verfolgung ist. So weit die Theorie. Die Praxis sieht wie immer ein wenig anders aus. Nicht nur die Tatsache, dass seither über drei Millionen Juden aus allen Teilen der Welt nach Israel einwanderten und hier eine der kulturell vielseitigsten Gesellschaften schufen, darf wohl als einzigartig bezeichnet werden, sondern auch die Probleme, die sich bei der Integration derart vieler Menschen unterschiedlichster Herkunft in relativ kurzer Zeit ergaben.

Zudem hat in Israel ein radikaler Wertewandel stattgefunden. Der jüdische Staat ist nicht zu einem Zusammenschluss hebräischer Bauernkommunen geworden, wie es die sozialistisch angehauchte Ethik seiner Gründerväter einst vorsah. Dafür entstand eine urbane und moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft - mit gravierenden Folgen für das Selbstverständnis des Staates Israel und den [Zionismus](#).



TATSACHEN & ARGUMENTE

Tatsachen

Das Rückkehrgesetz

Unmittelbar nach der [Gründung des Staates Israel](#) im Mai 1948 trat das [Rückkehrgesetz](#) in Kraft. Jeder [Jude](#) erhielt damit das Recht, sich in Israel niederzulassen und automatisch die israelische Staatsbürgerschaft zu erwerben. Unter dem Eindruck der Shoah und der Weigerung fast aller Staaten, jüdische Flüchtlinge aufzunehmen, wurde dieses Gesetz erlassen. Israel sollte so jedem Juden auf der Welt als Zufluchtsstätte und neue Heimat offen stehen. Egal, ob es sich um einen Teenager aus New York oder eine neunzigjährige Rentnerin aus Tschetschenien handelt, sie alle haben auf Basis des [Rückkehrgesetzes](#) das Recht und die Möglichkeit, nach Israel auszuwandern und Israeli zu werden.

Israel ist ein [Einwanderungsland](#) und das Rückkehrgesetz ist ein wichtiger Bestandteil seiner raison d'être. Nur in einem jüdischen Staat haben Juden die Möglichkeit, ein Leben frei von Diskriminierung oder gar Verfolgung zu führen. Auch sollten alle Juden auf der Welt nach Israel auswandern – so sahen es die Vordenker des politischen [Zionismus](#). Sprachlich drückt sich das Selbstverständnis von Israel als Einwanderungsland und Staat aller Juden ebenfalls aus: Das hebräische Wort für die Emigration nach Israel lautet „Aliyah“, was soviel wie „Aufstieg“ bedeutet. Für die Auswanderung aus Israel wurde lange Zeit der Begriff „Jerida“ verwendet, zu Deutsch wenig schmeichelhaft „Abstieg“.

Doch wie so oft unterscheidet sich die Theorie von der Praxis. Zum einen packte nach 1948 nur ein Bruchteil der Juden in aller Welt die Koffer, um in Israel zu leben. Zum anderen gestaltete sich die Integration von Juden aus den verschiedensten Kulturkreisen als äusserst problematisch und führte zu gesellschaftlichen Konflikten, die von der Gründung des Staates bis in die Gegenwart nachhallen. Ferner war die „[Sammlung der Verstreuten](#)“ ein sehr teures Unternehmen und war auch auf die Hilfe der in der Diaspora lebenden Juden angewiesen, die gemäss den Vorstellungen des politischen Zionismus doch alle nach Israel hätten auswandern sollen.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Aschkenasim und Sephardim

Bis 1948 prägten fast ausschliesslich Einwanderer aus Mittel- und Osteuropa das Bild des [Yischuvs](#), der jüdischen Bevölkerung in Palästina vor der Staatsgründung. Zwar gab es schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Juden aus dem Jemen und anderen nicht-europäischen Ländern, doch fielen diese demographisch wenig ins Gewicht. Egal ob zionistische Pioniere oder Flüchtlinge vor dem Nationalsozialisten - der [Yischuv](#) der Mandatszeit setzte sich zu über neunzig Prozent aus [Aschkenasim](#) zusammen, Juden aus Europa oder Amerika. Demzufolge waren in jenen Jahren alle politischen, militärischen und wirtschaftlichen Eliten Juden europäischer Herkunft. „Das Gründungsjahr 1948 selbst ist daher ein aschkenasisches Datum“, bringt es der Historiker Dan Diner auf den Punkt. Doch die Masse der Juden, die seit 1948 nach Israel einwanderte, stammte aus arabischen Ländern wie Marokko, Irak, Algerien, Tunesien und Libyen oder dem Iran. Denn sowohl die israelisch-arabischen Auseinandersetzungen als auch der Prozess der Dekolonialisierung hatten das [Ende der jüdischen Gemeinschaften in der moslemischen Welt](#) eingeleitet. Pogrome und staatliche Diskriminierung im Irak, Libyen, Ägypten und Aden trugen entscheidend dazu bei, warum Juden diese Länder meist fluchtartig verlassen mussten. Die überwiegende Mehrheit dieser als [Sephardim](#) bezeichneten orientalischen Juden kam zudem weniger aus zionistischen Motiven nach Israel, sondern eher aufgrund einer sehr stark ausgeprägten religiösen Affinität zum Land oder einfach mangels Alternativen. Und der Staat Israel sah in diesen Einwanderern die Chance, das demographische Ungleichgewicht zur arabischen Welt ein wenig auszugleichen. Geradezu generalstabsmässig organisierte Israel damals ihre Einwanderung: In der „[Operation Zauberteppich](#)“ wurden 50.000 Juden aus dem Jemen nach Israel ausgeflogen, in der „Operation Esra und Nehemia“ rund 120.000 Juden aus dem Irak. Mit 260.000 Einwanderern stellen [marokkanische Juden](#) quantitativ die stärkste Gruppe der sephardischen Juden in Israel dar. Die letzte grosse Rettungsaktion war die „Operation Salomon“ im Jahre 1991, als binnen 36 Stunden über 14.000 [Juden aus Äthiopien](#) per Luftbrücke nach Israel ausgeflogen wurden.

Damit änderte sich im Laufe der Jahrzehnte auch das demographische Verhältnis zwischen Aschkenasim und Sephardim: In den siebziger und achtziger Jahren stellten



TATSACHEN & ARGUMENTE

sie laut dem israelischen Statistikamt die Mehrheit der Staatsbürger. 1980 waren 47 Prozent aller Israelis sephardischer und 41 Prozent aschkenasischer Herkunft.

Integrationspolitik

Einmal in Israel angekommen, fanden die [Sephardim](#) ein europäisch geprägtes Land vor, das wenig Respekt für ihre Kultur zeigte. Die Einwanderer aus den moslemischen Ländern sprachen zumeist arabisch und sahen häufig auch wie Araber aus. Und das aschkenasische Establishment erwartete, dass sie in kürzester Zeit zu westlichen Israelis mutierten und sich ihrer kulturellen Wurzeln entledigten. Der Konflikt zwischen [Aschkenasim](#) und den Sephardim war damit vorprogrammiert. Insbesondere die Integrationspolitik der bis 1977 regierenden Arbeiterpartei war fatal: Sephardische Einwanderer wurden vorzugsweise in trostlosen, so genannten Entwicklungsstädten in der Negev-Wüste oder im Jordantal angesiedelt, wo es kaum Arbeits- und Ausbildungsmöglichkeiten gab und gibt. Zudem hatten sie auf dem vom Gewerkschaftsverband [Histadruth](#) dominierten Arbeitsmarkt jener Jahre wenige Aufstiegschancen, da Aschkenasim in Regierung, Wirtschaft und Militär das Sagen hatten und alle wichtigen Posten untereinander aufteilten. Zwar bezeichneten sich die aschkenasischen Eliten damals gerne als sozialistisch, aber sie zeigten wenig Bereitschaft, ihre Pfründe zu teilen und behandelten die Sephardim in einer paternalistischen Weise, die sich bald rächen sollte.

Gesellschaftliche Leitbilder

Das gesellschaftliche Leitbild bis weit in die siebziger Jahre hinein war der wehrhafte Pionier, personifiziert in dem blonden Kibbuznik mit der Uzi-Maschinenpistole in der einen Hand und den Pflug in der anderen. Dieser war so etwas wie das Markenzeichen Israels im In- und Ausland. Und das obwohl der Anteil der [Kibbuzniks](#) an der jüdischen Gesamtbevölkerung Israels nie mehr acht Prozent betrug – im Jahr 1948 wohlgermerkt. Danach sank er kontinuierlich auf heute knapp zwei Prozent. Auch ist die grosse Mehrheit der Israelis nicht unbedingt blond. Doch langsam aber sicher begann sich unter den Sephardim das Bewusstsein auszubilden, dass sich ihr demographisches Gewicht in politische Münze umgewandelt werden konnte. Das Jahr 1967 markierte eine Art Wendepunkt, weil sich Juden sephardischer Herkunft im [Sechs-Tage-Krieg](#) erfolgreich als Israelis bewähren konnten und entscheidend mit Anteil am militärischen



TATSACHEN & ARGUMENTE

Erfolg hatten. In den folgenden Jahren wählten sie die Likud-Partei zu ihrer neuen politischen Heimat. Obwohl auch deren Führungspersonal überwiegend aus Aschkenasim bestand, sahen sie in der Unterstützung von Politikern wie [Menachem Begin](#) oder [Ariel Scharon](#) die Möglichkeit, an der Wahlurne dem aschkenasischem Establishment alter Prägung einen Denkwort zu verpassen. Die Stimmen der Sephardim brachten schliesslich 1977 Menachem Begin das Amt des Ministerpräsidenten. Die nationalistische Politik des Likud bot ihnen zudem neue Identifikationsmöglichkeiten abseits der sozialistisch durchwirkten aschkenasischen Pionierideale. Menachem Begins Populismus schaffte es, die Sephardim an seine Partei zu binden. Und als die Likud-Regierung den Kibbuzim den Geldhahn zudrehte, verspürten nicht wenige von ihnen eine gewisse Genugtuung. Schliesslich war es die Arbeiterpartei, die die kollektivistischen Siedlungen ihrer Klientel zuvor so grosszügig subventioniert, die Entwicklungsstädte im Negev aber hatte verkommen lassen.

Sephardim in der Politik

In den achtziger und neunziger Jahren lässt sich eine kontinuierlich stärkere Präsenz von Sephardim in Politik, Militär und Wirtschaft beobachten. Die aus Marokko stammenden Politiker [David Levy](#) und [Schlomo Ben Ami](#) wie auch die im Irak geborenen ehemaligen Verteidigungsminister [Yitzhak Mordechai](#) und [Benjamin Ben Eliezer](#) oder der aktuelle Verteidigungsminister [Shaul Mofaz](#) und Staatspräsident [Moshe Katzav](#), beide aus dem Iran, entwickelten sich zu Schlüsselfiguren der israelischen Politik und besetzten seither viele Spitzenpositionen in Regierung, Staat und Militär. Und weil sie mittlerweile in allen Parteien Karriere gemacht haben und das gesamte Spektrum an politischen Positionen vertreten, gilt die alte Formel „Aschkenasim = Arbeiterpartei und pro Friedensprozess, Sephardim = Likud und streng nationalistisch“ nur noch sehr bedingt.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Dennoch gibt es Parteien, die weiterhin vollends auf die ethnische Karte setzen und damit einigen Erfolg haben. Beispielhaft dafür ist die 1983 gegründete [Shass](#)-Partei, die zur stärksten politischen Kraft im religiösen Lager aufstieg. Die Wähler von Shass - ein Akronym für Shomrei Thora Sephardim (zu Deutsch: Sephardische Thora-Wächter) - sind überwiegend in den Reihen der marokkanisch-orthodoxen und irakisch-orthodoxen Juden zu finden. Aber auch viele nicht-orthodoxe Israelis nordafrikanischer Herkunft wählen sie, weil sie diese Partei als Vertreter ihrer spezifischen Interessen wahrnehmen. Auch baute Shass ein eigenes Netz von Bildungs- und Hilfsorganisationen auf, dessen Alimentierung durch den Staat schon häufig Gegenstand von Kritik war, da man die Unterstützung einer Regierung immer von finanziellen Zuwendungen für ihre Sozialprojekte abhängig machte. Was den Friedensprozess angeht, fährt Shass eine Art Zick-Zack-Kurs und war sowohl an Koalitionen mit der Arbeiterpartei wie auch mit dem Likud beteiligt. Ihr Führungspersonal besetzte oftmals politische Schlüsselpositionen und war in zahlreiche Korruptionsskandale verwickelt. Bei den Knesset-Wahlen 1999 wurde Shass sogar zur drittstärksten politischen Kraft und stellte 17 Abgeordnete, nach den Wahlen vom Februar 2003 ging es mit der Wählergunst massiv bergab. Heute stellt Shass nur noch 11 Parlamentarier.

Israels „Russen“

Eine dritte Gruppe im ethnischen Puzzle Israels sind die [russischen Juden](#). Zwar stammten schon die ersten zionistischen Pioniere fast alle aus Russland, doch wenn heute in Israel von „den Russen“ die Rede ist, sind die über 900.000 seit 1989 aus der ehemaligen UdSSR eingewanderten Juden gemeint. Gewiss, nach dem Raster Aschkenasim – Sephardim gehören sie zur ersten Gruppe, doch haben sie ganz eigene Interessen. Noch nie hatte es in Israels Geschichte eine so grosse Einwanderung in so kurzer Zeit gegeben, die zudem wenig zionistisch und erst recht nicht religiös motiviert war. Das unsichere politische und wirtschaftliche Klima in den Nachfolgestaaten der UdSSR war der Hauptgrund, warum sie das Land verliessen. Und weil es kaum Alternativen gab, gingen sie nach Israel.

Die russische Einwanderung stellte Israel vor eine enorme Herausforderung. Wohnraum und Arbeitsplätze mussten geschaffen werden. Dafür war viel Kapital



TATSACHEN & ARGUMENTE

notwendig, das häufig nur über Kredite zu beschaffen war. Und weil der Likud unter Menachem Begin's Nachfolger Yitzhak Shamir einen Grossteil der finanziellen Ressourcen für Siedlungsprojekte verwendete, wählte die Mehrheit der neuen russischstämmigen Israelis 1992 die Arbeiterpartei an die Macht. Entweder eine Siedlungspolitik oder die Integration der russischen Juden, so lauteten die Alternativen, die sich ihnen im Wahljahr 1992 anboten. Um beides zu verwirklichen war nicht genug Geld da. Doch das Votum des Jahres 1992 machte die Israelis russischer Herkunft nicht automatisch zu Stammwählern der Arbeiterpartei. In den folgenden Jahren unterstützten sie andere Parteien, von denen sie glaubten, dass sie sich besser um ihre ganz spezifischen Belange kümmern würden. Auch gibt es mit „[Israel Beitenu](#)“ und „[Ysrael B'Aliyah](#)“ zwei Parteien, die sich als Sprachrohr genuin „russischer“ Interessen erfolgreich etablieren konnten. Die Tatsache, dass in den letzten Wahlen zur Knesset im Januar 2003 die Mehrheit der russischstämmigen Israelis aber für den Likud oder die säkular ausgerichtete Shinui-Partei stimmten, beweist einmal mehr die Kurzlebigkeit von Parteien in Israel, die ihre Klientel nur aus einer ethnischen Gruppe rekrutieren – und natürlich den Integrationsgrad in die israelische Gesellschaft.

Neue gesellschaftliche Konfliktfelder

Mit der Ankunft der „Russen“ taten sich auf gesellschaftlicher Ebene neue Konfliktfelder auf: Die Sephardim befürchteten, wieder ins Hintertreffen zu geraten, schliesslich sank ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Israels binnen eines Jahrzehntes auf 29 Prozent im Jahr 2002. Und die Russen wiederum sahen sich mit dem Vorwurf der Orthodoxie konfrontiert, dass viele von ihnen eigentlich gar keine richtigen Juden seien. Juden hatten in der UdSSR kaum jüdische Traditionen pflegen können, zudem reisten zahlreiche nicht-jüdische Ehepartner und Verwandte mit nach Israel ein, rund 250.000 gelten nach den Religionsgesetzen deshalb als [nicht-jüdisch](#). Zwar ist ein Grossteil der „Russen“ ökonomisch integriert und hatte in den neunziger Jahren massiv Anteil am Hightech-Boom der israelischen Wirtschaft, doch sieht das auf gesellschaftlicher Ebene anders aus: So halten sich nachhaltig die Vorurteile, dass die Mehrzahl von ihnen Alkoholiker oder Prostituierte seien und nur die Vergünstigungen für Neueinwanderer abkassieren wollen. Umgekehrt hat die schiere Masse der russischstämmigen Juden eine eigene Subkultur hervorgebracht, die wiederum die israelische Kultur als minderwertig betrachtet. Insbesondere den



TATSACHEN & ARGUMENTE

Sephardim stehen die „Russen“ äusserst ablehnend gegenüber. Wie [Umfragen](#) belegen, wollen 39 Prozent von ihnen keine Nachbarn marokkanischer Herkunft haben.

Viele diskriminierende Einzelfälle trugen zu einer Verschlechterung des Klimas bei: Da waren zum Beispiel gefallene israelische Soldaten, die ursprünglich aus der Ex-UdSSR stammten. Sie galten plötzlich aufgrund unklarer Herkunftsverhältnisse nicht mehr als Juden und durften auf Anweisung der Militärrabbiner auf keinem Militärfriedhof bestattet werden, sondern wurden in Russland oder der Ukraine beigesetzt. Auch deshalb haben die „Russen“ ein Gemeinschaftsgefühl entwickelt, dass parallel zur israelischen Gesellschaft zum Aufbau eigener Strukturen und gar politischen Parteien führte. Heute erscheint in Israel eine ganze Palette russischsprachiger Tages- und Wochenzeitungen und per Kabelfernsehen lassen sich alle grossen TV-Stationen aus der alten Heimat empfangen.

Israelis äthiopischer Herkunft

Ähnliche Probleme wie Israels „Russen“ kennen auch die knapp 90.000 aus [Äthiopien](#) stammenden Israelis. Als „Beta Israel“, zu Deutsch „Haus Israels“, lebten sie dort abgeschnitten vom Rest der jüdischen Welt rund zweieinhalbtausend Jahre lang. Doch angesichts der Bedrohung durch Bürgerkrieg, Hungerepidemien und das Regime des Diktators Mengistu Haile Mariam beschloss Israel, sie in den „Operationen Moses und Joshua“ in den Jahren 1984 und 1985 sowie der „Operation Salomon“ im Jahr 1991 auszufliegen. Einmal in Israel angekommen, sahen sich die „Beta Israel“ nicht nur mit den Problemen der Integration in eine moderne Industriegesellschaft konfrontiert, sondern auch mit der Ablehnung seitens der orthodoxen Autoritäten, die in zivilrechtlichen Fragen oftmals das Sagen haben. Durch die Jahrtausende lange Isolation kannten die äthiopischen Juden einige Entwicklungen im Judentum wie beispielsweise das Wissen über den Talmud überhaupt nicht. Zudem hatten sie eigene Traditionen entwickelt. Genau deshalb weigerte sich die Orthodoxie, die „Beta Israel“ als echte Juden anzuerkennen. Die äthiopischen Juden empfanden dies als eine massive Diskriminierung und reagierten mit heftigen Protesten.

Auch heute noch fühlen sich viele Juden aus Äthiopien nicht richtig in Israel angekommen, insbesondere die ältere Generation hat Probleme bei der Integration.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Zudem wurden in der Einwanderungspolitik alte Fehler wiederholt, wie zum Beispiel die Ansiedlung in abgelegenen Regionen in Containerdörfern, die alles andere als eine Perspektive boten. Zwei Drittel der äthiopischen Israelis brauchen Sozialhilfe und die Abbrecherquote unter Schülern aus dieser Gruppe ist mehr als doppelt so hoch wie im Durchschnitt. Aber es gibt auch positive Entwicklungen: So stieg die Zahl der äthiopisch stämmigen Studenten an Hochschulen von 724 im Jahre 1996 auf 2.311 im Jahr 2003, die Hälfte von ihnen Frauen. Doch im Unterschied zu Israels „Russen“ oder anderen Gruppen haben es die Israelis äthiopischer Herkunft noch nicht so richtig verstanden, ihr demographisches Gewicht in politische Münze zu verwandeln, um so auf ihre ganz spezifischen Probleme aufmerksam zu machen.

Falash Mura

Einen ganz besonderen Fall stellen die [Falash Mura](#) dar, äthiopischen Juden, die sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund wirtschaftlichen und sozialen Drucks zum Christentum bekehren liessen. Trotz ihres neuen Glaubens heirateten sie meist unter sich und wurden von ihrer äthiopischen Umwelt auch weiterhin als Juden betrachtet. Bis zur „Operation Salomon“ war diese Gruppe so gut wie unbekannt. Die Tatsache, dass die Falash Mura erst in den vergangenen Jahren begannen, sich auf ihre jüdischen Wurzeln zu berufen, liess den Vorwurf laut werden, dass sie dies nur täten, um der Armut in Äthiopien zu entkommen. Ausserdem hätten viele nur einen jüdischen Grosselternteil, im Falle einer Auswanderung nach Israel würden sie aber mit der gesamten Familie einreisen und damit den Anteil von Nichtjuden an der Bevölkerung verstärken. Trotz aller Bedenken insbesondere seitens des lange von der Shass-Partei geleiteten Innenministeriums [entschied](#) sich die israelische Regierung im Januar 2005, in den folgenden zwei Jahren 20.000 Falash Mura nach Israel auszufliegen.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Nichtjüdische Israelis

Eine weitere Herausforderung für die israelische Gesellschaft stellt die stetig steigende Zahl nichtjüdischer Israelis dar. In diesem Kontext ist nicht die Rede von [israelischen Arabern oder Drusen](#), sondern den Familienangehörigen eingewanderter Juden, die vom halachischen, sprich religionsgesetzlichen Standpunkt, keine Juden sind. Nach Angaben des israelischen [Statistikamtes](#) umfasst diese Gruppe mehr als 200.000 Personen. Dazu addieren sich weitere 70.000, deren Status als Juden unklar ist und „last but not least“ die rund 250.000 Gastarbeiter im Land, von denen laut Umfragen 23 Prozent in Israel zu verbleiben wünschen und viele hier bereits eine Familie gegründet haben.

Während insbesondere die erstgenannte Gruppe sich aus rein soziologischer Perspektive als israelische Staatsbürger mehr oder minder erfolgreich in die Gesellschaft integriert hat und beispielsweise in der Armee ihren Dienst leistet, sieht das vom Standpunkt der [Orthodoxie](#) ein wenig anders aus. Das Mantra der Orthodoxen lautet: Der jüdische Charakter des Staates ist in Gefahr. Doch primär sehen die Orthodoxen durch diese Entwicklungen ihr Monopol in zivilrechtlichen Fragen wie Heirat oder Scheidung in Gefahr. Denn nun haben sie es nicht mehr länger mit einigen wenigen zehntausend jüdischen Israelis zu tun, die schon immer gegen den Einfluss der Orthodoxie zu Felde zogen und beispielsweise vehement eine Zivilehe forderten und zum Heiraten deshalb ins Ausland flogen, sondern einer nach Hunderttausenden Köpfen zählenden Gruppe von israelischen Staatsbürgern, auf die sich die bisherige Praxis einfach nicht mehr anwenden lässt, weil sie nicht als Juden betrachtet werden. Über kurz oder lang werden sich diese nichtjüdischen Israelis gegen zahlreiche diskriminierende Praktiken wie beispielsweise die Weigerung, gefallene Soldaten, deren jüdische Herkunft aus halachischer Sicht in Zweifel gestellt wird, nicht auf israelischen Militärfriedhöfen zu beerdigen, massiv zur Wehr setzen.



Pluralistische Gesellschaft

Ziel des politischen Zionismus war die Schaffung eines jüdischen Staates. Dieses wurde 1948 mit der Gründung Israels erreicht. Der Zionismus war im Unterschied zu anderen Ideologien jedoch nie universal, sondern richtete sich exklusiv an eine Gruppe von Menschen, die sich als jüdisch definierten oder von ihrer Umwelt als Juden wahrgenommen und vielfach ausgegrenzt wurden. Aus diesen Juden der Diaspora sollten Israelis werden. Doch wer ein Israeli werden kann und was einen Israeli ausmacht, darüber gibt es sehr unterschiedliche Auffassungen. Fakt ist, dass das gesellschaftliche Leitbild des „typischen Israeli“, einem Wesen, das sich allein den zionistischen Idealen verpflichtet fühlt und das kulturelle Erbe der Diaspora völlig verneint, ausgedient hat. Auch war spätestens Ende der siebziger Jahre Schluss mit Idee des oktroyierten Schmelztiegels. Neueinwanderer wurden nicht länger dazu gedrängt, etwa den Gebrauch ihrer Muttersprache völlig aufzugeben oder ihren Namen zu hebräisieren. Potentielle Einwanderer hätte man damit nur abgeschreckt. Die Vielfältigkeit der jüdischen Welt in der Diaspora wurde nun nicht länger als unvereinbar mit dem Konzept einer israelischen Gesellschaft und Identität betrachtet, sondern fand darin Einzug. Anzeichen dafür finden sich auf zahlreichen Ebenen. Beispielsweise die Renaissance des Jiddischen oder die Popularität orientalischer Musik. Das eine wurde früher als „Sprache des Gettos und der Diaspora“ stigmatisiert, das andere als zu „arabisch“.

Israeli zu sein, kann heute bedeuten, dass man russische Rockmusik hört, jemenitische Heiratstraditionen pflegt oder ins Jiddischsprachige Theater geht. Eine jüdisch-orientalische Identität ist ebenso möglich wie eine jüdisch-äthiopische oder jüdisch-russische, die hebräische Sprache und die israelische Staatsbürgerschaft bilden die Plattform. Mit dem Wandel Israels zu einer hochmodernen Industrienation fanden grundlegende Veränderungen im gesellschaftlichen Wertesystem statt, die dank einer Abkehr vom Kollektivgedanken genau diesen Trend zu einer Vielzahl von parallel existierenden Identitäten zulassen. Die alten Grabenkämpfe zwischen Aschkenasim und Sephardim oder Säkularen und orthodoxen Israelis haben damit einiges an Brisanz verloren, was aber nicht heissen soll, dass damit Harmonie eingekehrt ist. Denn die neuen Grenzlinien orientieren sich weniger an ethnischen



TATSACHEN & ARGUMENTE

Kriterien als vielmehr an sozialen wie Ausbildung, Stellung im Berufsleben oder der Zugehörigkeit zum ständig wachsenden Heer der Armen in Israel.

Bestätigt wird dieses Bild durch Zahlen: Laut dem israelischen Statistikamt heirateten im Jahr 2003 rund 18 Prozent aller männlichen Hochzeitskandidaten sephardischer Herkunft einen Ehepartner mit aschkenasischen Wurzeln, bei den weiblichen waren es 17 Prozent. Diese Zahl lässt sich auf dem ersten Blick als Indiz dafür deuten, dass die gesellschaftlichen Differenzen zwischen beiden Gruppen nach wie vor recht gross sind. Vergleicht man diese jedoch mit den Daten aus den späten fünfziger Jahren, so lässt sich aber bereits eine Verdoppelung des Prozentsatzes feststellen. Auch spiegeln sie nicht das ganze Bild wider, denn die Einwanderer aus Russland oder Äthiopien heiraten jeweils fast ausnahmslos in der ersten Generation ihrer Präsenz in Israel innerhalb der eigenen ethnischen Gruppe, so dass der eigentliche Anteil unter den „alteingesessenen“ Israelis bedeutend höher ist.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Argumente

„In einer stark fragmentarisierten Gesellschaft wie Israel ist Demokratie kaum möglich.“

Israel ist trotz einer in vieler Hinsicht fragmentarisierten Gesellschaft fähig zur Demokratie. Die einst marginalisierte Gruppe der Sephardim hat es seit den siebziger Jahren hervorragend verstanden, ihr demographisches Gewicht in politische Münze umzuwandeln. Zudem sind sie sich nicht länger wie früher in den siebziger Jahren überwiegend im Likud politisch zuhause, sondern besetzen Spitzenpositionen in fast allen Parteien des politischen Spektrums. Und auch die russischstämmigen Israelis haben die Spielregeln der parlamentarischen Spielregeln recht schnell verinnerlicht und partizipieren am Geschehen. All das sind äusserst lebendige Beweise für das Funktionieren der israelischen Demokratie.

„Jüdische Einwanderer nach Israel werden mit allen Mitteln gezwungen, ihre alte kulturelle Identität aufzugeben.“

Das einheitliche Bild vom „typischen Israeli“ ist ein Ding der Vergangenheit. Passé sind die Tage, als Neueinwanderer massiv unter Druck gesetzt wurden, sich binnen kürzester Zeit in perfekte Israelis zu verwandeln, beispielsweise ihre Namen zu hebräisieren oder den Gebrauch ihrer Muttersprache aufzugeben. Zum einen würde diese Attitüde heute potentielle Einwanderer gewaltig abschrecken, zum anderen wäre es angesichts der Masse von rund 900.000 Juden, die innerhalb nur eines Jahrzehntes aus der ehemaligen UdSSR nach Israel kamen, kaum möglich gewesen. Aber ein anderer Faktor war ausschlaggebend, dass diese paternalistische Haltung von einst über Bord geworfen wurde: Statt des Kollektivgedankens der Aufbaujahre rückte peu à peu das Streben nach individuellem Glück in den Mittelpunkt des israelischen Wertesystems. Genau deshalb ist das Konzept eines vereinheitlichenden Schmelztiegels längst dem einer multikulturellen Gesellschaft gewichen, die die Existenz einer Vielzahl von Lebensstilen möglich macht.



TATSACHEN & ARGUMENTE

„Jüdische Einwanderer haben es schwer, in Israels Politik Fuss zu fassen und auf ihre Probleme hinzuweisen.“

In der gesamten Geschichte des Staates Israel hat es immer wieder politische Parteien gegeben, die die ganz spezifischen Interessen einer Gruppe von Neueinwanderern in der Knesset und als Koalitionspartner diverser Regierungen auftraten. Jüngste Beispiele sind „[Israel Beitenu](#)“ und „[Ysrael B'Aliyah](#)“ als Sprachrohr der russischen Juden in Israel. Ihr Führungspersonal, Avigdor Lieberman und [Natan Sharansky](#), sind zwei Beispiele, wie rasch Einwanderer es nach nur wenigen Jahren Anwesenheit im Lande verstanden haben, zu Schlüsselfiguren der Politik aufzusteigen. Im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien darf Israel in dieser Hinsicht wohl als einzigartig bezeichnet werden. Fakt ist aber auch, dass alle Parteien, die nur als Interessensvertretung einer bestimmten ethnischen Gruppe auftraten, über kurz oder lang mit dem Fortschreiten der Integration ihres Klientel in die israelische Gesellschaft wieder verschwanden.

„Israels Einwanderungspolitik ist rassistisch. Der Zuzug nichtjüdischer Familienangehöriger von russischen Juden wurde so gut wie nie thematisiert, bei schwarzen Juden aus Äthiopien dagegen schon.“

Das Thema Zuwanderung nichtjüdischer Familienangehöriger oder die Zweifel an der einwandfreien [jüdischen Herkunft](#) von Einwanderungen enthalten in der Tat viel gesellschaftspolischen Sprengstoff. Als humanitär und moralisch im traditionellen Sinne verteidigte sie beispielsweise Ex-Premierminister Ehud Barak. Politiker aus dem Parteienspektrum der Orthodoxie dagegen sehen den jüdischen Charakter in Gefahr und fordern ein Verbot. Schon seit Jahrzehnten kritisieren Orthodoxe den Wortlaut des Rückkehrgesetzes und fordern, dass allein religiöse Kriterien die Grundlage für den Erwerb der Staatsbürgerschaft sein dürfe. Dies richtet sich gegen den Zuzug all derer, die nicht mindestens eine jüdische Mutter vorweisen können oder nach ultra-orthodoxem Ritus konvertiert sind. Das betrifft russische genauso wie aus Äthiopien stammende Menschen, die nach Israel kommen. Das israelische [Staatsbürgerschaftsrecht](#) ermöglicht ihnen aber auch weiterhin, Israelis zu werden, obwohl sie in zivilrechtlichen Fragen zurzeit noch einigen Diskriminierungen ausgesetzt sind.



TATSACHEN & ARGUMENTE

„Israel hat an Juden aus Äthiopien nur deshalb ein Interesse, weil es sonst kaum noch potenzielle Einwanderergruppen gibt.“

Die Einwanderung nach Israel steht oftmals im Zusammenhang mit weltpolitischen Ereignissen oder der Zunahme des Antisemitismus in bestimmten Ländern. Deshalb unterliegt sie gewissen Schwankungen. Doch zu behaupten, dass die Auswanderung von Juden aus Äthiopien nur deshalb gefördert werde, weil aus der Ex-UdSSR oder sonstigen Ländern kaum noch jemand nach Israel auswandern will, ist demagogisch wie auch faktisch angesichts des verstärkten Zuzugs von Juden aus Frankreich falsch. Die Entscheidung, Juden aus Äthiopien nach Israel zu bringen, basierte allein auf dem Selbstverständnis des jüdischen Staates als Zufluchtstätte aller Juden vor Verfolgung und Elend. Das gilt ebenfalls für die lange Zeit wenig bekannten jüdischen Gemeinschaften sowie die Falash Mura in Äthiopien, die von Hungersnot und einem diktatorischen Regime bedroht waren.

„In Israel bestimmen die Orthodoxen, wer israelischer Staatsbürger werden kann und wer nicht.“

Das [Rückkehrgesetz](#) besagt, dass jeder Jude, Nachfahre von Juden oder im Ausland zum Judentum Konvertierte das Recht auf die israelische Staatsbürgerschaft hat. Ferner gibt das [Staatsbürgerschaftsrecht](#) von 1952 jedem in Israel Geborenen oder fünf Jahre vor Antragsstellung mindestens drei davon ununterbrochen in Israel lebenden Menschen die Möglichkeit, die israelische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Ergänzungen, die den Erwerb der Staatsbürgerschaft auf Basis humanitärer Gründe ermöglichen und Kriterien wie „Bereicherung für die israelische Gesellschaft“ hinzuziehen, stehen aktuell zur Diskussion. Mit der Auffassung der Orthodoxie darüber, wer Jude ist und wer nicht, hat all dies zu deren Ärgernis gar nichts zu tun. Denn es geht dabei um zahlreiche Menschen, deren Mutter nicht unbedingt jüdisch ist und die auch nicht bei einer ultraorthodoxen Institution ihre Konvertierung zum Judentum vollzogen hatten. Wohl aber können die Vertreter orthodoxer Parteien Antragstellern auf die israelische Staatsbürgerschaft Probleme verursachen, wenn sie den Innenminister stellen und damit genau das Ressort besetzen, welches über solche Fragen entscheidet.



TATSACHEN & ARGUMENTE

„Israel verliert aufgrund des verstärkten Zuzugs von Menschen, deren jüdische Herkunft oft unklar ist, einen Teil seiner jüdischen Identität und büsst damit gleichzeitig seine Legitimation als jüdischer Staat ein.“

Der Zuzug von Menschen aus den verschiedensten Teilen der Welt beweist die Attraktivität des Staates Israel als wirtschaftlich entwickeltes und modernes demokratisches Land. Selbst wenn diese Zuwanderer nach den Kriterien der Orthodoxie keine Juden sind, so hat sich die Mehrheit von ihnen wirtschaftlich sowie sozial integriert und eine Identität als Israeli entwickelt. Damit nehmen sie innerhalb der israelischen Gesellschaft nicht unbedingt eine Sonderstellung ein, denn zahlreiche säkulare Israelis definieren sich ebenfalls primär über ihr Selbstverständnis als Israelis und nicht zwingend als Juden. Das alles hat wenig mit einer Schwächung der Legitimität Israels als jüdischer Staat zu tun. Eher das Gegenteil ist der Fall, weil sich Israel weiterhin als Refugium für verfolgte Juden versteht - wie vage deren Jüdischsein im Sinne der Halacha auch aussieht, schliesslich orientieren sich Antisemiten selten an den jüdischen Religionsgesetzen. Ihre Ressentiments richten betreffen jeden, der in ihren Augen irgendwie jüdischer Herkunft ist.



TATSACHEN & ARGUMENTE

Links

<http://www.cbs.gov.il> – Central Bureau of Statistics

<http://www.iaej.co.il> – The Israel Association for Ethiopian Jews

<http://www.idi.org.il/english> - The Israel Democracy Institute